

Bezugspreis:

Bestellpreis: 20.- Pf. monatlich 10.- Pf. für ein Jahr...

Telegramm-Adresse

„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Dienstag, den 17. August 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Raumverteilung...

Warschau gefallen?

Weiter unten veröffentlicht wir eine Drahtmeldung des russischen Generalstabes über den Fall von Warschau...

Auf der anderen Seite behauptet der polnische Heeresbericht vom 16. August, es sei der polnische Besatzungsarmee gelungen, sich nach Norden und Süden hin wesentlich Luft zu schaffen...

Reidenburg, 17. August. (Dena.) Der russische Generalstab hat an den Stab der 4. Roten Armee in Wilna die offizielle telegraphische Meldung gelangen lassen...

Die Londoner „Times“ und Kopenhagener Blätter veröffentlichen ähnlich lautende Meldungen aus Kowno...

Polnische Gegenoffensive.

Warschau, 17. August. (III.) Polnischer Heeresbericht vom 16. August. Nordfront: Der weitere Verlauf der durch General Sikorski begonnenen Gegenoffensive unserer Nordarmee entwickelt sich trotz schwieriger Umstände günstig für uns...

Ritterle's Front: Heute haben die Armeen die Gegenoffensive unter Führung des obersten Heeresführers ergriffen...

Südfront: Am den Feind, der bei Sokal zwischen Kamenka-Strum und Pug auf das linke Bugufer hinübergewandert war...

Fortschritt Wrangels.

Kopenhagen, 17. August. (II.) Truppen des Generals Wrangel sind zwischen Rasiompol und Logantog gelandet...

Die Verhandlungen in Minst.

Arsau, 17. August. (III.) Nach höchsten Berichten hat gestern die erste Begegnung der Waffenstillstandsdelegationen in Minst stattgefunden...

Die polnische Regierung darf während der Friedensverhandlungen mit Rußland sich in keine Diskussionen über Bedingungen einlassen...

In der Beizeidigung der staatlichen Unabhängigkeit soll Polen zum weiteren Ausbilden bereit sein...

Die Ententeversprechungen versprechen Polen Hilfe zur Befreiung von Ruination und Waffen und Entsendung von Offizieren.

Die Entente garantiert, daß Polen vom Westen nicht abgeschnitten werden wird.

Der polnische Oberstaatsanwalt darf keine anderen als militärische Funktionen ausüben...

Für die Neutralität Oberschlesiens.

Reuthen, 16. August. Sämtliche freien Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien Oberschlesiens berufen für morgen abend Einberufungsveranstaltungen ein...

Gegen den Krieg.

Die proletarische Aktion gegen den Eingriff nichtbeteiligter Mächte in den russisch-polnischen Krieg...

Die unterzeichneten Verbände begrüßen mit Sympathie die jetzt in allen Ländern zutage tretende Tendenz...

Der Ruf ist unterzeichnet vom Bund Neues Vaterland, vom Deutschen Friedensgesellschaft, dem Deutschen Monistenbund...

In der deutsch-polnischen Grenze nehmen die Grenzübertritte polnischer Flüchtlinge immer größeren Umfang an...

Der polnische Vizepräsident in Polen hat bestimmt, daß alle Telegramme, auch aus dem Auslande, die den Bestimmungsort und die Straße nicht in polnischer Sprache tragen...

Die Ostorientierung.

Von Max Cohen (Köln).

Wir geben den Artikel des Genossen Cohen als Diskussionsbeitrag zu dem im Augenblick widergärtigen System unserer Außenpolitik wieder...

Tolle und phantastische politische Auffassungen kann man gegemüßig in Deutschland hören. Die militärischen Erfolge der Russen, die ohne eigentliche schwere Kämpfe Warschau gefälligst nabegewonnen sind...

Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß es sich hier nur um die Ideen einer kleinen Minderheit handelt, die, auch wenn sie noch so lebhaft agitieren würde...

Von dem leider nur mit drei Buchstaben zehnjährigen Verfasser wurde dabei gesagt, daß wir bei einem gemeinsamen Vorgehen an Rußlands Seite „vielleicht die Fesseln von Versailles los werden“...

Alle nationalbolshewistischen Gedankengänge gehen von einem Grundirrtum aus: sie überschätzen die militärische Macht Sowjetrußlands in geradezu unverständlicher Weise...

Oder glaubt irgend jemand, daß der russische Bauer sich für die bolshewistische Weltrevolution schämen würde?

Sowjetrußland zwingt niemanden... seine Verfassung und seine Grundzüge auf; es trägt auf den Rücken seiner Bojaren nicht jene revolutionäre Erbschaften...

Das ist sicherlich schon deshalb vollkommen eruit gemeint, weil die Bolshewisten sich ihrer eigenen Schwäche sehr wohl bewußt sind...

werden und in Wirtschaftsbeziehungen mit Osteuropa zu kommen, als den aussichtslosen Versuch zu machen, irgend einem Volk die bolschewistische Heilslehre mit Waffengewalt beizubringen.

Aber noch ein zweiter nationalbolschewistischer Grundirrtum sei kurz erwähnt. Man glaubt vielfach, daß die inneren Schwierigkeiten England und Frankreich an der richtigen Ausnutzung ihrer militärischen Kräfte in einem neuen Kriege hindern würden. Das könnte vielleicht bei einem Kampf auf polnischem Gebiet gegen Rußland zutreffen, da die inneren Schwierigkeiten in den beiden alliierten Ländern sicherlich nicht gering sind. Das würde aber mit einem Schläge anders, sobald es sich darum handelte, einem vereinten Deutschland und Rußland auf deutschem Boden entgegenzutreten. Dann würden all die Dinge wieder lebendig und wirksam, die wir in der Weltkriegszeit genugsam kennen gelernt haben, und dann würde Deutschland in einer Weise niedergeschlagen werden, die es für alle Zeiten aus der Reihe der großen Nationen streichen und das links Germanias (Ende Deutschlands) buchstäblich wahr werden lassen würde.

Rein, das ist kein Weg, den Friedensvertrag von Versailles zu befeitigen, sondern einer, der unser nächst größtes Unglück noch größer machen müßte. Es gibt in Deutschland niemand, der die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles nicht als drückend und zu einem großen Teile als unerfüllbar ansieht. Widerungen an ihm aber können nur durch das eine einzige Mittel der Verständigung (besonders mit Frankreich) und auch nur dann erreicht werden, wenn die Entente sieht, daß wir die erfüllbaren Teile des Vertrages nach besten Kräften ausführen wollen.

In dem jetzt tobenden Kampfe muß es bei der proklamierten strikten Neutralität nach beiden Seiten bleiben. Die neue Art der Orientierung, wie ich sie mir zu kennzeichnen erlaubt habe, ist keinen Bitterling wert, sie ist ein Hirngespinnst verglichen mit der wirklich durchführbaren Orientierung, die meine engeren Freunde und ich während des Weltkrieges vertreten haben. Damals haben die Hauptexponenten der jetzigen Orientierung sie abgelehnt und im Westen und Osten den „vollen Sieg“ erringen wollen. Das ist vorbei. Jetzt aber sollten sie schweigen, sie haben Unglück genug über das deutsche Volk gebracht.

Reichsminister Koch gegen Hörning.

Manöver zur Beseitigung Hörnings.

Uns wird geschrieben:

Die Magdeburger Enthüllungen über den Epithelimpf haben nach dem ersten Augenblick der Bestürzung und der Verlegenheit im Lager der Gegenrevolution eine großartige Gegenaktion hervorgerufen, während vorläufig das Hauptziel die Beseitigung Hörnings als Oberpräsident der Provinz Sachsen ist.

Die Epithelzentrale Orgeß, Reichswehr und sogar, wie es sich jetzt herausstellt, Reichsministerium des Innern, alles steht hier miteinander in wechselseitigen Beziehungen, alles arbeitet sich gegenseitig in die Hände. Es wird öffentlich in der reaktionären Presse gegen Hörning Sturm gelaufen und vor allem unterirdisch in den Berliner Zentralkreisen gegen ihn gehetzt. Mit welchen Mitteln man aus Nachstehendem ersehen:

Das Reichsministerium des Innern hat an die Magdeburger Zeitung, also gerade an jenes Blatt, das in der Epithelgeschichte am meisten kompromittiert ist und daher an der Beseitigung Hörnings das meiste Interesse hat, ein Schreiben gerichtet, in dem versucht wird, Hörning und das Magdeburger Oberpräsidium zu diskreditieren.

Hörning wird nicht etwa wegen der von seiner Behörde durchgeführten Aufdeckung angegriffen, sondern wegen einer ganz anderen Sache, nämlich wegen der seinerzeitigen Verhängung des Belagerungszustandes über den Kreis Schleusingen. Aus eigenem Antriebe springt also das Reichsministerium des Innern der schwärzesten reaktionären

Presse bei, um sie in ihrem Treiben gegen Hörning zu unterstützen.

Wenn es sich nur um ein eigenmächtiges Vorgehen eines als exzeptionär berichtigten Beamten des Reichsministeriums des Innern, z. B. des faßsam bekannten Staatssekretärs Gewalt oder des Ministerialdirektors v. Jakobi (des früheren konservativen Abgeordneten) handeln würde, bräuhete man sich nicht darüber zu wundern. Aber das Erstaunliche ist, daß diese reaktionären Manöver von keinem anderen ausgehen als von dem demokratischen Reichsminister des Innern, Koch, der in einem dienstlichen Schreiben an Hörning ihm mitgeteilt hat, er fühle sich jetzt veranlaßt, das ganze Aktenmaterial über Schleusingen der „Magdeburger Zeitung“ zu übersenden. Uebrigens ist auch diese Darstellung des Reichsministers des Innern, wie aus einer Gegenerklärung Hörnings hervorgeht, absolut unrichtig. Sie stützt sich darauf, daß ein vom Oberpräsidium Magdeburg an das Reichsministerium des Innern seinerzeit gesandter Bericht des Landrates von Schleusingen, auf den es hauptsächlich ankommt, angeblich nicht eingetroffen sei. Tatsächlich ist dieses Schreiben nachweislich an das Ministerium gegangen und das Reichsministerium des Innern hat drei Monate gebraucht, um diese Ausrede auszusinnen.

Anfragen wegen Orgeß.

Die außenpolitische Gefahr.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Genosse Keil hat folgende Anfrage an die Regierung gerichtet:

Ist die Zeitungsnachricht richtig, daß die Herren Minister Götler und Dr. Koch der Organisation Escherich ihre Unterstützung zugesagt haben? Bejahendenfalls: wie läßt sich eine solche Zusage mit der loyalen Durchführung der Entwaffnungspflicht, der sich die Organisation Escherich widersetzt, vereinbaren?

Ich bitte um schriftliche Antwort.

Ferner hat Genosse Keil in Sachen der Heeresverminderung folgende Anfrage an die Regierung gestellt:

In Tübingen wurden beim badiischen Reichwehrcorps 118 fortgesetzt neue Leute eingestellt. Kann der Herr Reichsminister mitteilen, wie sich diese Tatsache mit dem Schweregesetz verhält, die mit der Unterbringung der durch die Verminderung der Reichswehr um 100 000 Mann freiwerdenden Leute verbunden sind?

Ich bitte um schriftliche Antwort.

Wie wir erfahren, steht auch die von der sozialdemokratischen Fraktion geforderte sofortige Einberufung des auswärtigen Ausschusses in einem gewissen Zusammenhang mit der Orgeßangelegenheit. Wenn auch in erster Linie die Ereignisse im Osten den Anstoß zu der Forderung gaben, so ist man sich in Parteikreisen doch auch über die außenpolitische Seite der Orgeßangelegenheit klar. Da die Orgeß dem Entwaffnungszusammenhang von Spa zuwiderläuft und sich den Befehlen der Regierung offensichtlich widersetzt, so kann ihr Verhalten zu schweren auswärtigen Verwicklungen evtl. zu einer Befestigung des Ruhrgebiets führen. Dem muß unter allen Umständen entgegengewirkt werden.

Orgeß in Kassel.

Kassel, 17. August. (Eigener Drahtbericht des „Nordwärts“.) Das „Kasseler Volksblatt“ hat wiederholt auf die Organisation des Oberleutnants Mahraun, des früheren Kommandanten der Offizierskompagnie unseiner Angehörigen aus den Kapplagen, hingewiesen, ohne daß bisher gegen diese gemeingefährliche Verbindung vom Oberpräsidium aus etwas Wirksames unternommen worden wäre. Das Oberpräsidium hat zwar versucht, durch Jugenderziehung Licht in diese Dinge zu bringen. Aber wie das schon so ist: der Intendantenweg vom Oberpräsidium zu den ausführenden Organen ist derartig langwierig, daß sich Herr Mahraun noch immer wie ein Fisch im Wasser tummelt, Versammlungen und Reden hält und den Oberpräsidenten, der sich zu der Energie seiner

Kollegen in Magdeburg, Hannover und Brandenburg nicht aufzaffen kann, einen guten Mann sein läßt. Die Fuhangeln, die beobachtet werden, Herrn Mahraun gelegt werden, sind so so harmlos und es finden sich stets Barmherzige.

Das „Kasseler Volksblatt“ veröffentlicht einen Brief aus Kassel vom 3. August:

Sehr geehrter Herr!

Nach den von allen Seiten zusammenfließenden Mitteilungen gestalten sich die Verhältnisse im Innern unseiner Landes immer ernster, so daß ein Gebot der Selbsterhaltung ist, daß alle gleichgesinnten Kreise aus unserer Stadt zusammenzutreten und die Schritte unternehmen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung notwendig sind.

Wir richten deshalb die ergebene Bitte an Sie, sich zu einer Besprechung im größeren Kreise am Freitag, den 13. August 1920, abends 8 Uhr, in den Geschäftsräumen der Handwerkskammer, Hohenzollernstraße, einzufinden.

Wir bitten Sie dringend, zu der Besprechung zu kommen und die Angelegenheit durchaus vertraulich zu behandeln.

Hochachtungsvoll

Ludwig Schmidt, Glasermeister.

Tannhäuser, Sanitätsrat der Handelskammer.

Dazu bemerkt das „Kasseler Volksblatt“: Damit der Oberpräsident nicht genötigt ist, sich über die Versammlung am 13. d. M. durch seine politischen Polizeikommissare Kenntnis zu verschaffen — Polizeikommissar Ludeendorf begibt sich erst am 1. November das arme Kassel mit seiner Armutsehrlichkeit —, wollen wir die drei Hauptpunkte des Mahraun'schen Referates zur Kenntnis des Oberpräsidenten bringen:

1. Die Kasseler Industriellen haben für den ungefähren Zweck der Organisation zusammen 70 000 M. gespendet.

2. Oberleutnant Mahraun hat ausdrücklich erklärt, er habe mit Escherich verhandelt, und der Jungdeutsche Orden sei vollkommen nach den Leitlinien Escherichs aufgebaut.

3. Es wird eine Wirtschaftsorganisation der Arbeiter und eine Kampforganisation der jungen Leute geschaffen.

Vielleicht wird der Oberpräsident jetzt endlich etwas aus seiner Ruhe gestört werden und der Kasseler Arbeiterschaft Kenntnis gegeben, was er in Verfolg der Enthüllungen des „Kasseler Volksblattes“ veranlaßt hat.

Antisemitische Reichswehrexzesse.

Im Wadeort Swinemünde.

Große antisemitische Kundgebungen fanden am Montag in Swinemünde statt und zwar, wie der genöht nicht reichswehrende „Lokalanzeiger“ meldet, unter Führung von Reichswehresoldaten und Marineangehörigen (die Folge der Marinereise durch die Eberhardmeierei!). Eine große Menschenmenge zog nach dem Bericht mit Musik und Beflag vor die vollbesetzten großen Vergnügungslotale, wo „vaterländische“ Lieder mit dem Refrain: „Juden raus!“ gesungen wurden. An einigen Stellen wurden Ansprachen antisemitischen Charakters gehalten. Den verstärkten Polizeieinsparungen gelang es, durch sofortige Schließung der Lokale die Ansammlungen zu zerstreuen und ernstere Zusammenstöße zu verhindern.

Die Arbeiterschaft veranstaltete gestern Abend eine große Gegendemonstration. Es wurde von den Rednern auf die Schädigung des Völkchens hingewiesen, die sich schon durch die Abreise zahlreicher Vodegäste bemerkbar macht und viele hundert Gastwirte angestrichelt usw. in ihrer Existenz bedroht.

Der Stadtkommandant ist gegen die Uebergriffe der Soldaten eingeschritten. Die Reichswehrangehörigen müssen abends in der Kaserne bleiben. Die Hauptanklänger der Krawalle, ein polnischer Baron und ein 18jähriger (!) Jüngling aus Breslau, haben sich aus dem Staube gemacht.

Reine Auflösung preussischer Universitäten. Dem B. B. N. wird mitgeteilt: Im Preussischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung werden keinerlei Pläne wegen Schließung einer preussischen Universität erwoogen. Davon ist auch telegraphisch der Vorsitzende der deutschen Studentenschaft in Göttingen verständigt.

Die Meldungen über Truppenansammlungen im besetzten Gebiet des Rheinlandes finden nach deutschen Erkundigungen keine Bestätigung.

Ergebnis gelangt ist. Beim Zusammenbruch der Mittelmächte im November 1918 wurde Polen Republik, und Warschau wurde die Hauptstadt dieses von der Entente verhängten und über Gebühr vergrößerten Staatswesens.

Baldung im Staatmuseum. Für das Kaiser-Friedrich-Museum ist ein Gemälde des Hans Baldung Grien erworben worden, des eigenartigen und oft grotesken deutschen Renaissancekünstlers aus der Nachfolge Dürers und Grünewalds. Es ist Thibbe an der Leide des Hyramus dargestellt, in affektvoller manierter Besetzung. Das Bild ist ein charakteristisches Spätwerk des Malers. Ein ganz einzigartiges Bild, das gleichfalls neu erworben wurde. Es nach einer Zeichnung des Baldung geschaffen, eine große Bildwerkerei mit der Besetzung des Paulus. Sie wurde im Erdgeschoss des Museums aufgehängt, in dem langen Saal an der Spitze, in dem jetzt die schwedischen Bildwerke aus der Zeit um 1500 aufgestellt worden sind. Da sieht man nun die prachtvolle große Maria aus Kalkstein, eine Arbeit des Meisters, der den berühmten Ghiberti von Florenz gelehrt hat, ferner die Reihe der Gorgonenhäupter des Augsburger Meisters Adolf Daucher. Die Kunst Baldungs zeigt das Museum jetzt in ihrer Vielfältigkeit: Altargemälde aus allen Entwicklungsstufen, das kürzlich erworbene Bildnis eines badiischen Fürsten, farbenprächtige Glasgemälde nach Baldungs Entwurf in der Abteilung der Bildwerke im Erdgeschoss.

Das Kaiserliche Museum in Dahlen, dessen Weiterführung im vorigen Jahre gelähmt erschien, ist in der letzten Zeit wieder gefördert worden. Im kommenden Frühjahr werden voraussichtlich wenigstens die beiden Pavillons, die für die ostasiatische Ausstellung bestimmt sind, bezogen werden können.

Peruvia Saloni, dessen Berufung an die Russische Schule erdrückt wird, kehrt nach mehr als fünfjährigem Aufenthalt in Amerika und in der Schweiz wieder nach Berlin über.

Miner, Gedächtnis-Anstellung. Der Leipziger Kunstverein will am 26. September die große Gedächtnis-Ausstellung für Max Klinger eröffnen. Viele Werke aus Leipziger und anderem Privatbesitz sind dafür schon gesichert.

Theaterpolitik im Reich. Der Finanzausschuss der Reichsversammlung hat einem Vorhaben des Reichstags zugestimmt, wie im Vorjahr auch für die kommende Spielzeit das Gothaer Landes-Theater von der Erhebung der Kunststeuer zu befreien und außerdem den Zuschuß von 30 000 auf 100 000 Mark zu erhöhen. — Der Deutsche Bühnenverein und die Gesellschaft deutscher Bühnengestaltung wollen dem Koblener Stadttheater aus seinen Räten helfen und haben sich zur Uebernahme einer Festschuldensbürgschaft für ein Zuschuß von 300 000 Mark für das Koblener Stadttheater und 200 000 Mark für das Theater für die Spielzeit 1920/21 bereit erklärt. Der Festschuldensvertrag beläuft sich auf 1 200 000 Mark, so daß die Stadt noch 700 000 Mark zu tragen hat.

Ein albertischer Theaterklub. Die einseitige Zusammenziehung der Theater, die in den englischen Dominions bereits große Fortschritte gemacht hat, soll nun in einer vielgen Vereinigung über das ganze britische Reich ausgedehnt werden. Der Präsident der Trans-Sarada-Theater-Gesellschaft, die mehr als hundert unabhängige Theater umfaßt, hat mitgeteilt, daß ein albertischer Theaterklub im Entstehen ist, den alle Theaterdirektoren und Theaterbesitzer in England, Kanada, Neuseeland und Südafrika angehören werden. Auf diese Weise würde eine Vereinigung entstehen, die 1200 Theater besitzt und über 5000—6000 Theater einen entscheidenden Einfluß ausübt.

Warschau.

Als vor manchen 5 Jahren die deutschen Truppen siegreich in Warschau einzogen, ahnte wohl niemand, was das nächste Jahr fünfzig an weltgeschichtlichen Umwälzungen bringen würde, und feiner hat damals wohl mit den politischen Möglichkeiten gerechnet, die selber an Deutschlands Obergrenze Ereignis geworden sind. Damals sprach man noch von der russischen Dampfwalze, die man nach weiteren zwei Jahren völlig zertrümmert glaubte. Und nun, nach dem Sturz des Zarismus, nach der Revolution und fast dreißigjähriger Bolschewikenherrschaft zeigt sich die zertrümmerte russische Dampfwalze noch leistungsfähig genug, um sich wieder wehmächtig zu wälzen und das vor fünf Jahren verlorenen Warschau zurückzuerobern. Es sind die Soldaten Trabis, die nun Besitz ergreifen von dieser interessanten Stadt mit den goldenen Zwiebeltürmen und mit den imposanten Gebäuden. Nicht mit Unrecht hat man sie die Stadt der Paläste genannt, wenn auch heute die meisten dieser Bauten, in denen die reichen polnischen Adelsgeschlechter einst ihre glänzenden Feste gefeiert haben, längst vergraben worden sind, um jetzt als Schulen, Spitäler und Kasernen zu dienen.

In der Nähe der großen Weichselbrücke, die auf fünf gewaltigen Pfeilern über den Strom führt und die die Vorstadt Praga mit Warschau verbindet, steht das alte Schloss der masurenischen Herzöge inmitten terrassenförmiger Parkanlagen. Der stattliche Bau wurde von Sigmund III. zu Ende des 16. Jahrhunderts errichtet und hat im Laufe der Zeiten viele Umwandlungen erfahren. Sigmunds Königschloß weist noch ganz die regelmäßige mittelalterliche Burganlage mit Ecktürmen auf, der auch die spätere sächsisch-polnische Donjon beim Bau des heute abgebrochenen sächsischen Palais noch treu geblieben ist. Mit diesem Bau wurde der Versuch gemacht, dem Dresdener Barockstil, der mit seinem großzügigen und doch einbringlichen Brunn auch heute noch vielen Stadtgebenden Warschaus das architektonische Gepräge verleiht, in der polnischen Hauptstadt einzubürgern. Mit seinen prunkvollen Sälen, die namentlich Komatowski mit Skulpturen und Mosaiken versehen hat, bietet dieser Palast, der bis zum Jahre 1915 der Sitz des russischen Generalgouverneurs war, ein charakteristisches Bild für die Prachtentfaltung, die mit den sächsischen Herrschern in Warschau eingebracht war. Weit weniger belangvoll ist das ehemalige Razi-mierowski-Palais in der Krakowka Przemyska, in dem jetzt die Universtätt untergebracht ist. Auch das im Jahre 1692 im italienischen Stil aufgeführte Rasiński-Palais an dem gleichnamigen Platz dient heute einer anderen Bestimmung. Die wertvollste bauliche Leistung während der sächsischen Regierung ist das in Warschau nächster Umgehung gelegene Königschloß Wilanow. Aus der Zeit Augusts II. ist das Weichsel-Palais erhalten, das jetzt als Telegraphenamt dient, was dem imposanten Gebäude nicht gerade zum Vorteil gereicht.

Reich ist Warschau auch an Denkmalern, von denen vor allem das Reiterstandbild des Königs Johann Sobieski auffällt. Dem

Mittelpunkt des Verkehrs bildet der Schloßplatz mit dem Denkmal Sigmunds III., wie Warschau überhaupt besonders schöne Plätze, Parks und Parkanlagen aufzuweisen hat. Eine der schönsten Schloßanlagen inmitten der Stadt ist die von König August II. angelegte Sächsische Garten, den man als ein würdiges Abbild des gartenbaulichen Kunstwerks von Versailles bezeichnen darf. Von außerordentlichem Reiz ist die eng um das Schloß gedrängte Altstadt mit ihren engen, krummen Straßen und dem malerischen Gepräge, das an mittelalterliche Städte erinnert. In diesen alten Stadteilen an der Weichsel, auf dem Star-Waiko, dem Alten Markt, und in seinen reizvollen Nebengassen weilt, besonders an den Tagen, an denen sich in den breiteren Marktbuden Kleinbürgerliches Leben entfaltet, so recht der Geist des Mittelalters. Auch im Judenviertel, im Norden der Stadt, ist noch viel von dem Quatsch längst vergangener Zeiten zu spüren.

Die geschichtlichen Anfänge Warschaus gehen ins 13. Jahrhundert zurück. Im Jahre 1324 wird die Stadt zum ersten Male urkundlich erwähnt. Bis zum Jahre 1526 war sie die Residenz der masurenischen Herzöge. Im Jahre 1526 umgaben sie ihre Stadt mit Mauern; aber nahezu zwei Jahrhunderte später wurde Warschau von den Polen eingenommen und im Jahre 1550 von König Sigmund II. August zur Residenz erhoben. Seit dem Jahre 1573 wurden auf der in der Nähe gelegenen Ebene von Wola die Könige von Polen gewählt; im Jahre 1609 wurde Warschau an Stelle von Krakau die polnische Hauptstadt. Im August des Jahres 1655 mußte es sich Karl X. von Schweden ergeben; es wurde aber im folgenden Jahre von König Johann Kasimir wieder erobert. Vom 28. bis 30. Juli 1656 tobte bei Warschau die dreitägige Schlacht zwischen der schweidisch-brandenburgischen Macht und dem König Johann Kasimir von Polen, deren Folge die Kapitulation der Stadt war. Während des Nordischen Krieges hatte sie sehr zu leiden; sie wurde später wiederholt von den Russen besetzt, und in dem Aufstand vom 17. und 18. April des Jahres 1794 wurde die russische Besatzung niedergeworfen. Aber am 6. November desselben Jahres zählte sich Warschau nach der Erfüllung von Praga den Russen unter Suworow ergeben.

Bei der dritten Teilung Polens wurde Warschau preussisch und blieb es bis zum Jahre 1806, in dem es die Franzosen besetzten. Im Frieden von Tilsit mußte Preußen die Stadt abtreten; sie wurde die Hauptstadt des neuen, zum Rheinbund gehörenden Herzogtums Warschau. Vom Wiener Kongreß wurde Warschau zur Hauptstadt von „Kongreß-Polen“ gemacht; aber fünfzehn Jahre später tobten in der Weichselstadt die Stürme der großen polnischen Revolution, die mit dem Aufstand vom 29. November 1830 begann und am 8. September des folgenden Jahres mit der Uebergabe Warschaus an den russischen General Paskevitch ihr Ende fand. Auch bei der Revolution der Jahre 1863 und 1864 war Warschau jedesmal der Mittelpunkt und Herd der polnischen Erhebung. Dann blieb die russische Herrschaft für ein halbes Jahrhundert unangefochten, bis am 8. August 1915 die deutsche Heere in die Stadt einzogen. Einem Viertel Jahre später begünstigten die verbündeten Deutschen und Oesterreicher das neue Königreich Polen, das freilich niemals einen König bekam und nie zu wirklich selbständiger

Gewerkschaftsbewegung

Gewerkschaftszerstörer.

Der Verlauf der in den letzten Wochen stattgefundenen Generalversammlungen der verschiedenen Zentralverbände hat unzweifelhaft erkennen lassen, daß keine Neigung besteht, den Vertretern des radikalen Wortführers die Führung in der Organisation anzuvertrauen. Beim Fabrikarbeiterverband, der graphischen Hilfsarbeitergesellschaft, der Buchdruckerorganisation u. a. hat es sich gezeigt, daß die Opposition auf diesen Tagungen eine Minderheit darstellte, die nur durch ihr geträübtes Auftreten die Aufmerksamkeit der übrigen Arbeiterklasse auf sich lenkte. Es kann die Arbeiterklasse nicht faul lassen, ruhigen Blutes mit anzusehen, wie Arbeitshilfen, die jahrgelänglich Schüler an Schüler für gemeinsame Ziele gefittet, nun vor aller Öffentlichkeit sich gegenseitig anklagen und des Vertrauens an Arbeiterinteressen berauben.

Die Delegierten der Opposition sind in keiner beneidenswerten Situation; ihren Anhängern erzählen sie, wie sehr Taxis und Arbeitergemeinschaften die Arbeiterklasse demoralisieren. Streikführer des Kapitals und Wegbereiter des am 8. November 1918 zusammengebrochenen Kapitalismus werden diejenigen genannt, die ihr Leben lang als Vertrauensmänner der Arbeiterklasse fungierten und deren Interessen ohne Rücksicht auf ihre Person wahrgenommen haben. Wie viele von diesen Wortführern gehören länger als ein paar knappe Monate ihrer Organisation an. Sie kennen den Gang der Gewerkschaften nicht, wissen auch nicht, wieviel Schweißkopfen es gelostet hat, die Zentralverbände zu der heutigen Macht emporzuführen. Früher Fabrikfeind, heute gewöhnlich gewähltestes Mitbestimmungsrecht.

In einem jüngst an dieser Stelle gebrachten Artikel hat der Genosse Lindow gezeigt, mit welcher Volust die Unternehmer sich die Lähmung der Aktionskraft durch solche zweifelhaften Strategien zunutze machen. Ein Blick in die vor uns liegenden Statistiken der Gewerkschaften zeigt augenfällig, welches Maß von Kulturarbeit von den „Worten“ alten Erils erlöst wurde. Die Verbandsgeneralversammlungen sind dazu da, vorhandene Meinungsunterschiede zu klären und den Weg für einheitliches und geschlossenes Weitermarschieren freizumachen. Hat ein Rißel vom Verbandsparlament Unrecht erhalten, erfordert es die Disziplin, sich den Mehrheitsbeschlüssen zu fügen und nicht durch weiteres Strahlen die Köpfe der Mitglieder zu verwirren.

Jeder ernsthafte Mensch muß glauben, nach diesem Rißel innerhalb der eigenen Organisation würden die Rißelpostel mit etwas mehr Ernst und weniger Robulistik an den Ausbau der Gewerkschaften herangehen: weit gefehlt. In Nummer 392 der „Freiheit“ finden wir einen Versammlungsbericht der Berliner graphischen Hilfsarbeiter, der so recht typisch ist für die Art, wie gewisse „Massenbewußte“ Arbeiter die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zu zerstammern suchen. Auf ihrem im Juli stattgehabten Verbandstag erlitt die Berliner Opposition dieses Gewerkes eine vernichtende Niederlage. Statt nun den Mut aufzubringen in sachliche Polemik gegen die Mehrheit der Verbandskollegen seinen entgegengelegten Standpunkt zu vertreten, muß persönliche Schamhaftigkeit die unauflösbare Blamage verdecken. Wir lesen in der „Freiheit“:

„Um der Gewaltthat des Vorsitzenden zu begegnen, lehnt es die Berliner Mitgliedschaft ab, die Wahlen für die Revisions- und Redaktionskommission vornehmend zu lassen.“
Damit ist eine zeitweilige Stilllegung des Verbandsapparates beabsichtigt, die von unberechenbarem Schaden für die graphische Hilfsarbeiterchaft Deutschlands werden kann. Gerade in dem Augenblick, in dem weitbekannte Großfirmen, wie Sittenfeld, Hermann u. a. drohen, ihre Betriebe stillzulegen und das Personal aufs Straßensicher zu legen, tritt der Rest der Zweibracht in die Reihen der Mitgliedschaft und wird so zum willkommenen Handlanger der graphischen Schwarzmacher. Es ist an der Zeit, diesen Gewerkschaftszerstörern das Handwerk zu legen und ihnen zu sagen: Wer in den großen Rahmen der freien, aber an Mehrheitsbeschlüssen gebundenen Gewerkschaften sich nicht einfügen will, ist in die falsche Organisation geraten.

Mißhandeltes Recht?

Zu unserer Notiz in Nr. 398, die sich mit Vorgängen im preussischen Statistischen Landesamt beschäftigt, erhalten wir vom Minister des Innern Genossen Severing folgende Rückmeldung:
1. Es ist durchaus unzutreffend, daß die vorgelegte Diensthefte des angeblich zu Unrecht befristeten Beschwerdeführers bisher nicht unterzogen sei, um die von ihm vorgebrachten Beschwerden einer Nachprüfung zu unterziehen und die Wahrheit festzustellen. Sämtliche Beschwerdepunkte sind durch eine erhebliche Zahl weißer Zeugenaussagen eingehend geklärt worden. Dabei hat sich ergeben, daß sie in wesentlichen Punkten einer Nachprüfung nicht bedürftig sind, so daß dem Beschwerdeführer der Vorwurf nicht erpart werden konnte, leichtfertig und ohne gewissenhafte Prüfung seine Überdies in der Form maßlos übertriebenen Behauptungen aufgestellt zu haben.

2. Unrichtig ist ferner die in einer früheren Notiz von Ihnen gebrachte Angabe, daß das gegen den Beschwerdeführer eingeleitete Disziplinarverfahren eingestellt werden mußte, weil seine Behauptungen nicht widerlegt werden konnten, daß er aber trotzdem in unzulässiger Weise gemahnt worden sei. Vielmehr ist die Einstellung des Disziplinarverfahrens lediglich mit Rücksicht darauf erfolgt, daß er unter Verletzung seiner damaligen Stellung als Obmann des Angestelltenausschusses beim Statistischen Landesamt gehandelt hat, wobei ihm zugute gehalten wurde, daß er sich über den Umfang der ihm in dieser Stellung zustehenden Befugnisse anscheinend nicht völlig klar war. Innerhalb mußte er in eine erheb-

liche Ordnungsstrafe genommen werden, weil er mehrere Beamte des preussischen Statistischen Landesamts durch ungeduldige Anschuldigung ehrenrühriger und profaner Handlungen in ihrer Ehre schwer verletzt hat.

Unrichtig ist also auch, daß der Beschwerdeführer, wie Ihr Gewährsmann behauptet, „völlig passiv und sachlich bodenständig“ befunden worden ist. Die kurze Zeit nach dieser Mitteilung erfolgte Verlegung des Beschwerdeführers stellte keine Mäßigung dar, sondern erwies sich in dienstlicher Hinsicht als notwendig, weil ein gedeihliches Zusammenarbeiten des Beschwerdeführers mit den ihm so schwer verdächtigten Beamten nicht zu erwarten stand. Da aber der Beschwerdeführer seither ununterbrochen in seinen vielen Eingaben immer wieder um seine Rückverlegung nach Berlin gebeten hat und seit der Verlegung der Ordnungsstrafe nahezu 1 Jahr verlossen ist, habe ich — und zwar bereits vor Erscheinen Ihrer Notiz vom 11. August — angeordnet, daß er, zunächst versuchsweise, wieder an das Statistische Landesamt zurückversetzt wird.

3. Unrichtig ist endlich auch die Behauptung, daß die vom Beschwerdeführer oder anderen Beamten des Statistischen Landesamts an mich gerichteten Eingaben mir nicht vorgelegt wurden, sondern „auf dem toten Bleich des Geheimrats schlammieren“. Vielmehr füllen die sorgfältig gesammelten und geprüften Eingaben und die daraufhin beantragten Untersuchungen gerade infolge der übertriebenen Zahl von Beschwerden des genannten Beamten mehrere dicke Bände. Die Untersuchungen der erst in jüngster Zeit vorgebrachten Beschwerden sind dabei noch nicht einmal abgeschlossen.

Es wollen aus vorstehendem ersehen, daß es durchaus zutreffend war, wenn Sie Ihre Notiz „Mißhandeltes Recht“ mit einem großen Fragezeichen versehen. Wie diese Frage zu beantworten ist, dürfte nunmehr nicht mehr zweifelhaft sein.

Reaktionäres aus dem Berliner Magistrat.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter schreibt unter: Ueber die Aufgaben der Betriebsräte in den kommunalen Kranken- und Pflegeanstalten wird gegenwärtig ein Meinungsaustausch zwischen ersteren und dem Magistrat gepflogen. Dem einzelnen Verwaltungsbereich scheint es nicht in ihren Plan zu passen, daß die Betriebsräte auf Grund des § 66 des B.M.G. auch auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe ihr Augenmerk richten. Mit allen möglichen Einwendungen versuchen sie daher, die Betriebsräte auszuschalten und deren Tätigkeit auf das früher übliche Maß des „guten Einvernehmens“ zu beschränken. Da der Erfolg ihrer Bemühungen infolge des bekämpften Standpunktes der Betriebsräte in den meisten Fällen ausbleibt, so suchen die Herren Betriebsleiter beim Magistrat Verständnis für ihre Ansicht. Und merkwürdig; sie finden es dort. In einer Zuschrift an das städtische Obdach, unterzeichnet von Reide und Nierisch, wird der Standpunkt vertreten, daß der § 66 des B.M.G. für diesen Betrieb nicht in Betracht komme, weil in ihm angeblich keine wirtschaftlichen Zwecke verfolgt werden. Offenbar scheint der Magistrat der Fällung dieses Urteils einer Begriffsverwechslung zum Opfer gefallen zu sein, indem er annahm, daß der wirtschaftliche Zweck eines Betriebes nur in einer Gewinnerzielung zu sehen ist. Für diese Art Auslegung bietet indessen weder das B.M.G. selbst, noch der Begriff Wirtschaftlichkeit eine Stütze. In der Sache ist der wirtschaftliche Zweck eines Betriebes schon dem gewahrt, wenn die in ihm vorhandenen Werte ihre richtige Verwendung finden. Durch richtige Verwendung resp. Verteilung der Lebensmittelmaterie u. a. wird aber auch die Ziffer der Gesundheitsmeldungen in den Kranken- und Pflegeanstalten im günstigen Sinne beeinflusst. Daß diese Tatsache der Kommune, also der Allgemeinheit auch materiell zugute kommt, dürfte der Magistrat nicht bestritten. Uns will scheinen, daß der gegenwärtige Magistrat mit der Nichtanwendung des § 66 für die Kranken- und Pflegeanstalten nur das frühere Prinzip der Selbstherrlichkeit der Verwaltung aufrechterhalten möchte. Das darf jedoch im Interesse der Kommune unter keinen Umständen geschehen. Was für unermessliche Werte durch die Selbstherrlichkeit der Allgemeinheit verloren gehen, mögen die folgenden Beispiele lehren:

Dem Kinderkrankenhaus in der Reinickendorfer Straße wurden 100 Kisten a 48 Büchsen kondensierte Milch überwiesen. Dem Betriebsrat wurde hiervon keinerlei Mitteilung gemacht. Als er es nach einigen Wochen durch irgend einen Umstand erfuhr, forschte er nach dem Verbleib. Die Verwaltung wollte ihm erst mit wichtigen Nebensachen über den Verbleib der Milch hinwegtäuschen. Als ihr dies jedoch nicht gelang, verbat sie, dem Betriebsrat den Zutritt zu den Lagerräumen, wo die Büchsen lagerten, zu verweigern, was ihr jedoch nicht gelang. Der Betriebsrat mußte dann wahrnehmen, daß die Milch infolge falscher Lagerung schlecht geworden ist. 4800 Büchsen a 8 M bedeutet einen Schaden von 38400 M.

In einer Berliner Anwesenheit werden große Mengen Kartoffeln eingelauft. Als dem Betriebsrat durch dritte Personen hiervon Mitteilung gemacht wurde und er die Lagerung der Kartoffeln kontrollierte, waren viele Fässer verfault.

Ob solcher Zustände versuchen einige Mitglieder des wohlwollenden Magistrats, die Rechte der Betriebsräte zu beschränken, nur um der gutgeheißenen Selbstherrlichkeit willen, zum Schaden der Allgemeinheit. Wir können dem Magistrat im eigenen Interesse nur raten, nicht über Dinge zu entscheiden, die außer seiner Kompetenz liegen.

Die Frauen- und Mäntelarbeiter nehmen in ihrer Generalversammlung am Montag den Quartalsbericht des Vorsitzenden Hodapp entgegen, der unter anderem auf die Tarifbewegungen der verschiedenen Branchen einging. Die Frauenarbeiter sollten — wie im „Vorwärts“ bereits mitgeteilt wurde — nach Kündigung ihres Lohnabkommens eine Lohnerhöhung beantragen, die der Unternehmer abgelehnt haben. Ein Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses hat die Wochenlöhne auf 245 M. für gelernte und 240 M. für ungelernete Arbeiter festgesetzt. Die Unternehmer haben auch diesen Schiedspruch abgelehnt, die Arbeiter haben ihn angenommen und beim Demobilisationskommissar die Verbindlichkeitsklärung beantragt, worauf die Hst noch keine Entscheidung erfolgt ist. — Die Verammlung beauftragte die Ortsverwaltung, gemeinsam mit den anderen in Frage kommenden Gewerkschaften Schritte zu tun, um eine schnelle Erledigung des dem Demobilisationskommissar eingereichten Antrags zu er-

wirken. — Es wurde betont, daß eine endgültige Meinung der Lohnerhöhung einen gewerkschaftlichen Kampf zur Folge haben würde.

Wirtschaft

Die Abstellung von Gärten im Kapitalertragsteuergebot.

Nach den unterm 17. Juli 1920 vom Reichsminister der Finanzen erlassenen Bestimmungen kann zur Vermeidung von Gärten den einkommensteuerpflichtigen Personen, die über 60 Jahre alt sind oder erwerbsunfähig oder nicht bloß vorübergehend behindert sind, ihren Lebensunterhalt durch eigenen Erwerb zu bestreiten, und deren Einkommen sich hauptsächlich aus Kapitaleinkommen und Bezügen der in § 9 Nr. 3 des Einkommensteuergesetzes bezeichneten Art (insbesondere Ruhegehälter, Witwen- und Waisenspenden und sonstige Bezüge für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit) zusammensetzen, eine Erstattung der entrichteten Kapitalertragsteuer in voller Höhe zugesprochen werden, sofern die Steuerpflichtigen nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes keine Einkommensteuer zu entrichten haben. Die Herauszahlung erfolgt auf Grund eines Antrages nach Ablauf des Kalenderjahres. Es sei erneut darauf hingewiesen, daß entsprechende Anträge nur bei den zuständigen Finanzämtern zu stellen sind. Wer danach glaubt, Ansprüche auf volle Erstattung der Kapitalertragsteuer zu haben, hat entsprechenden Antrag bei dem für seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt zuständigen Finanzamt zu stellen, dagegen ist es zwecklos und bedeutet nur Zeitverlust für den Antragsteller, solche Anträge bei dem Reichsfinanzministerium einzureichen.

Preisermäßigungen für Müllererwalzen. Die Handelspolitische Vereinigung von Holzgeräten hat die Preise für Malenderwalzen um 20 Proz. diejenigen für Müllererwalzen um 25 Proz. herabgesetzt. Sie beantragt die besondere Preisermäßigung für Müllererwalzen mit dem Bundesrat, ihrerseits zur Lebensmittelpreisermäßigung beizutragen. Wir bemerken, daß, sind jedoch nicht in der Lage, diese Mitteilung auf ihre Richtigkeit hin nachzuprüfen und festzustellen, inwiefern allgemeine Konjunkturgünde auch bei diesem Preisabstufung mitspielen. Trifft sie zu, so wäre nur zu wünschen, daß die landwirtschaftliche Maschinenindustrie, die erst kürzlich erklären ließ, an einen umfangreicheren Preisabbau könne vorerst nicht gedacht werden, diesem Beispiel folgen würde.

Soziales.

Rechtsanordnung und Ausführungsanordnung!

Am 9. Juni 1920 wurde die reichsgesetzliche und am 20. Juli die landesgesetzliche Rechtsanordnung publiziert. Es sollen Rechtsanordnungen bei jedem Amtsgericht errichtet werden. Der Vorsitzende wird vom zuständigen Landesgerichtspräsidenten ernannt, die Richter aus dem Verband der Richter des Landes, der Kulturamt. Aber wann diese Ernennung geschehen muß, ist nicht gesagt. Und da bekanntlich Richter etwas Gewöhnliches, etwas Alltägliches, nach Arbeit riechende Wesen sein können, um deren Wohl es sich handeln könnte, da hat es seine Eile. Wie uns vom Arbeitersekretariat Minden geschrieben wird, sonder der aussichtsführende Richter beim Amtsgericht Minden den Antragstellern ihre Schriftstücke zurück mit der Begründung: „Mißgrifflich zurück gesendet mit dem Bemerkung, daß das Rechtsanordnungsamt erst in einigen Wochen errichtet wird.“ Rechtsanordnungen schreiben: ... Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß die gemäß Rechtsanordnung vom 9. Juni 1920 einzureichenden Rechtsanordnungen unter noch nicht bestehen und Sie zurzeit keine Rechte aus dieser gesetzlichen Neuregelung herleiten können.“

§ 7 im preussischen Landesgesetz bestimmt, daß die Vorschriften rückwirkende Kraft haben und daß das Rechtsanordnungsamt innerhalb eines Monats nach Verkündung dieser Verordnung angerufen sein muß.

Sie ist also klar und deutlich die Frist gegeben; es hat daher der Herr Amtsgerichtsrat in Minden dagegen verstoßen. Ebenso aber die Stellen, welche die Errichtung der Rechtsanordnungsämter zu betreiben hatten. Der Landesgerichtspräsident hatte die Aufgabe, den Vorsitzenden sofort zu ernennen, das Landeskulturamt hatte die Richter unterjährig zu ernennen, das so gebildete Institut mußte innerhalb eines Monats da sein und Anträge der freierwerbenden Parteien entgegennehmen und auch baldigst zur Erledigung bringen. An sich ist die schnelle Bearbeitung der vielen Rechtsanordnungen dringend notwendig. Kommen doch aus fast allen Orten Klagen über die unzeitige frühe Begehung der Rechtsanordnungen durch die Verpächter. Und ferner sollen diese Grundstücke rechtzeitig bearbeitet und bestellt werden können. Durch die Verzögerung der Arbeit wird unumwiderrbringlicher Schaden unserem Wirtschaftsleben zugefügt. Der Richter muß wissen, ob er sein Grundstück mit einer Herbstfrucht bestellen und im Spätherbst ernten darf, da muß er gegen die Willkür des Verpächters gekämpft werden. Ersterer muß ferner für die Herbstbestellung (Kopfgeld) die Vorbereitungen rechtzeitig treffen können. Hier gibt es auf jedem Dorf mehr kleine Bodenerwerbslosen als Vollwirtschafte. Reun Teil der unserer gewerblichen Arbeiter wohnen auf dem Lande, haben alle etwas Boden in Anspruch, um leben zu können. Und dieser wird nun diese Rechtsanordnung genommen mit der Begründung, die Arbeiter verdienen so viel Geld, die können nach Minden gehen und sich dort Gemüse, Kartoffeln, Obst, Weizen usw. auf dem Wochenmarkt oder beim Händler kaufen. Andere Verpächter wohnen aber fünf bis zehnmal soviel Geld haben und sagen es offen heraus, es ist mir soviel wert. Auf den weiter entfernten Ortschaften soll der Arbeiter, seine Frau und die Kinder für wenig Geld sich zur Arbeit verpflichten, bis zu 2 M. ohne Essen pro Tag, 10 Stunden, also pro Stunde 20 Pf. Arbeitslohn!

Wannmöglich für den redaktionellen Teil: A. Reppes-Berndorf; für Anzeigen: H. Giese, Berlin; Berlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Verlagsanstalt in Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin; Erbenstr. 2.

Electro-Motore

Weltweit-Dynamo-Drucke...
Weltweit-Drucke...
Weltweit-Drucke...

Verkaufe

Silberstücke 100...
Silberstücke 100...
Silberstücke 100...

Möbel

Möbel-Gesch...
Möbel-Gesch...
Möbel-Gesch...

Wohnmöbelsätze

Wohnmöbelsätze...
Wohnmöbelsätze...
Wohnmöbelsätze...

Fahrräder

Fahrräder...
Fahrräder...
Fahrräder...

Wohnmöbelsätze

Wohnmöbelsätze...
Wohnmöbelsätze...
Wohnmöbelsätze...

Kaufgesuche

Kaufgesuche...
Kaufgesuche...
Kaufgesuche...

Verschiedenes

Verschiedenes...
Verschiedenes...
Verschiedenes...

Unterricht

Unterricht...
Unterricht...
Unterricht...

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...
Arbeitsmarkt...

Eine Quelle des Erfolges sind Inserate im Vorwärts Selbst das kleinste Inserat wird im Vorwärts gelesen